

(KW 50)

Landesentwicklungsplan: **Entwicklungsbremse** statt **Wachstumsbeschleuniger**

Der neue Landesentwicklungsplan ist eine Entwicklungsbremse, kein Wachstumstreiber. Er beschleunigt die Renaturierung des Landes zu Lasten von Beschäftigung und Wohlstand.

Seit dem Regierungswechsel 2010 hat Nordrhein-Westfalen fast 3.800 Hektar Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren. Das entspricht der Gesamtfläche der Chemparks Leverkusen, Dormagen und Krefeld-Uerdingen, des ThyssenKrupp Stahlwerks Duisburg, des Evonik Chemieparks Marl, der Shell Raffinerie Wesseling/Godorf, des Hüttenwerks Krupp Mannesmann Duisburg, des Chemieparks Hürth-Knappsack sowie der Ford-Werke Köln mit insgesamt 93.000 Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung hat massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote an Rhein und Ruhr ist aktuell um 40 Prozent höher als im Schnitt der westdeutschen Länder und um 30 Prozent höher als im Bundesschnitt. Hätte sich der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen seit Juli 2010 nur im Durchschnitt der übrigen Bundesländer entwickelt, wären heute fast 100.00 Menschen in unserem Land weniger arbeitslos.

Anstatt Impulse für mehr Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu setzen, hat Rot-Grün einen LEP beschlossen, der die wirtschaftliche Entwicklung im Land weiter ausbremsen wird. So will die Landesregierung mit dem fünf-Hektar-Grundsatz die Flächeninanspruchnahme langfristig auf Netto-Null reduzieren. Sie begründet dies mit dem angeblich voranschreitenden Verlust von Naturraum in Nordrhein-Westfalen. Die Daten des statistischen Landesamtes sprechen jedoch eine andere Sprache: Seit 1995 wuchs die Fläche für Parks und Grünanlagen in Nordrhein-Westfalen um 23.751 Hektar, die Waldfläche um 45.258 Hektar, die Wasserfläche um 6.434 Hektar, die Heidefläche 1.036 ha und die Moorfläche um 443 Hektar. Statt Naturraum zu verlieren, wie Rot-Grün behauptet, schreitet die Renaturierung des Landes weiter voran.

Die Ministerpräsidentin hat erneut versprochen, dass keine Industrieansiedlung in Nordrhein-Westfalen am Landesentwicklungsplan scheitern wird. Die Realität sieht anders aus. Im Ruhrgebiet scheitern dem Westfälischen Anzeiger vom 8. Dezember zufolge aktuell 17 geplante Gewerbe- und Industriebetriebe am neuen LEP. Die Kammern in Ostwestfalen-Lippe haben in einem Brandbrief darauf verwiesen, dass allein in dieser Region durch den neuen LEP die Erweiterung von 61 Betrieben mit 5.600 Beschäftigten faktisch unmöglich wird. Darüber hinaus gibt es noch eine unbestimmte Zahl kleiner Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern, denen ebenfalls eine Erweiterung künftig unmöglich wird. Ähnliche Probleme bestehen auch in den ländlichen Räumen im Bergischen Land, der Eifel, im Münsterland, am Niederrhein und in Südwestfalen. Rot-Grün hat die Probleme der Wirtschaft nach wie vor nicht erkannt.

Rückführung von afghanischen Asylbewerbern: Ministerpräsidentin Kraft muss eingreifen

Das Tischtuch zwischen den Koalitionspartnern von SPD und Grünen ist zerrissen. Dies bestätigt der erneute rot-grüne Koalitionskrach aufgrund der Sammelabschiebung von abgelehnten afghanischen Asylbewerbern. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann hat sich von der Sammelabschiebung des SPD-Innenministers distanziert. Per Twitter teilte Löhrmann mit, dass die Grünen beim Vorgehen von Innenminister Jäger nicht eingebunden gewesen seien.

Koalitionsregierungen in anderen deutschen Ländern haben sich, auch unter Beteiligung der Grünen, im Vorfeld der Entscheidung abgestimmt. Frau Kraft aber hat entweder die Dimension nicht überblickt oder absichtlich die Grünen ausgetrickst. So kann man ein Land von der Größe Nordrhein-Westfalens nicht regieren. Die rot-grüne Landesregierung zeigt in den letzten Monaten ihrer Amtszeit zunehmend in allen wichtigen Politikfeldern Verfallserscheinungen.

Fakt ist, dass die Rückführung nach Afghanistan ein Beschluss aller Innenminister gewesen ist. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine hohe Zahl abgelehnter Asylbewerber, die ausreisepflichtig und auch ausreisefähig sind. Es ist notwendig, dass dort, wo kein Bleiberecht besteht, auch der Aufenthalt in Deutschland beendet werden muss.

Innenminister Jäger verschläft die Digitalisierung der Polizeiarbeit

Die Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen ist noch nicht im digitalen Zeitalter angekommen. Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen werden mit vermeidbarer Bürokratie an wichtigen Aufgaben bei der Verbrechensbekämpfung gehindert.

Deshalb braucht es zeitgemäße digitale Möglichkeiten, um die nötige Polizeistärke auf die Straße zu bringen. Daher hat die CDU-Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag zur Digitalisierung und Entbürokratisierung der Polizeiarbeit in den Landtag eingebracht.

In Nordrhein-Westfalen müssen Einbruchsoffer Schadensmeldungen handschriftlich auf einem mehrseitigen Din A-4 Formular ausfüllen. Dies muss von Polizeibeamten auf den Dienst-PC nachträglich übertragen werden. Die Schadensmeldung kann abhängig von der Polizeidienststelle weder gefaxt noch zugemailt werden. Dabei könnte die Schadensmeldung heute längst von den Einbruchsoffern selbst über eine sichere Onlineverbindung am eigenen Rechner in eine wohl definierte Eingabemaske eingegeben und automatisch gespeichert, zügig ausgewertet und nutzbar gemacht werden. Dabei könnten von den Geschädigten zugleich Fotos und Videos von gestohlenen Gegenständen auf einer Datenbank hinterlegt, und bei definierten Gegenständen automatisch eine Sachfahndung ausgelöst werden. Durch die Daten der Einbrüche könnte ein entsprechender Algorithmus Muster erkennen und wertvolle Beiträge im Rahmen einer Predictive Policing Analyse liefern.

Innenminister Jäger muss endlich mit dem bloßen Verwalten aufhören. Wir jedenfalls sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, die Digitalisierung voranzutreiben und die Polizeiarbeit in ein neues Zeitalter zu führen. Nur so kann für unsere Bürgerinnen und Bürger eine optimale Sicherheit gewährleistet werden.

Erhebung des Unterrichtsausfalls: Engpässen gezielt gegensteuern

Frau Löhrmann hat noch immer nicht verstanden, dass es an den Schulen brennt. Es ist völlig unverständlich, weshalb die Ministerin sich gegen eine digitale Vollerhebung auf Knopfdruck sperrt. Wie Schulleiter uns sagen, ist das schon heute ohne weiteres machbar.

Es geht dabei nicht nur darum, rückblickend den Unterrichtsausfall des vergangenen Jahres zu summieren, sondern zeitnah Engpässe an den Schulen gemeldet zu bekommen. Nur wer diese Daten hat, kann zielgerichtet gegensteuern. Mit ihrer heutigen Erklärung zeigt die Ministerin wieder einmal, dass sie keinerlei Antrieb mehr besitzt, die Schulen wirkungsvoll zu unterstützen. Sie will nur noch das unangenehme Thema Unterrichtsausfall vermeiden. Gestaltende Schulpolitik sieht anders aus.

Gastro-Kontrollbarometer: Rote Ampel für Verbraucherminister Remmel

Nun haben die Gerichte entschieden und die Ampel für den Minister auf Rot gestellt. Die Weitergabe von Daten, um diese in einer Ampelbewertung durch die

Verbraucherzentrale öffentlich zu machen, war rechtswidrig. Dieses Urteil wirft einen großen Schatten auf die geplante Einführung der Hygiene-Ampel, mit der der Minister unter anderem Gastronomie und Handwerksbetriebe im Lebensmittelbereich an den Pranger stellen möchte. In dieser Diskussion weist Remmel immer wieder auf die großen Erfolge des Pilotprojektes in Bielefeld und Duisburg hin.

Wie das Oberverwaltungsgericht nun urteilt, war das gemeinsame Projekt zwischen Verbraucherzentrale und Verbraucherschutzministerium rechtswidrig. Damit wurde auch das Vorgehen des eigentlich für den Schutz der Verbraucher zuständigen Ministers abgeurteilt. Laut Gericht diene die Weitergabe der Werte ‚nicht dem Zweck des Verbraucherinformationsgesetzes, Transparenz zu schaffen.‘

Wir brauchen keine neue Hygiene-Ampel nach dem Modell Remmel, bei dem lediglich eine Pseudotransparenz vorgegaukelt wird. Wir brauchen vielmehr eine positive Kennzeichnung von solchen Betrieben, die bereits jetzt deutlich über den vorgegebenen Standards arbeiten.

Entsorgung von Dämmstoffen: Das Bauhandwerk kann endlich aufatmen

Nach wochenlangem Drängen von CDU und FDP, beendet die Landesregierung endlich ihre Blockade. Umweltminister Remmel hat heute im Landtag erklärt, dass er bei der morgigen Bundesratssitzung dafür stimmen wird, den unnötigen und höchst problematischen Beschluss vom vergangenen September zumindest für ein Jahr aufzuheben. Damit ist die Krise für das Bauhandwerk und hier besonders für die Dachdecker demnächst beendet.

Der Beschluss, der die Dämmstoffkrise auslöste, war europarechtlich nicht erforderlich und ist umweltpolitisch unnötig. In der Folge waren die Entsorgungskosten für Styropor explodiert. Vorher kostete die Entsorgung für einen Baustellencontainer mit Dämmstoffen 150 Euro, heute bis zu 5000 Euro. Das war für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe unbezahlbar. Das Bauhandwerk kann morgen endlich aufatmen. Nun gilt es, den fatalen Bundesratsbeschluss vom vergangenen September im Laufe des nächsten Jahres gänzlich aufzuheben. CDU und FDP werden hier die NRW-Landesregierung nicht aus der Pflicht lassen.

A1-Rheinbrücke: Checkpoint Mike ist Symbol für rot-grünes Regierungsversagen

Laut eines Berichts von WDR online wurde trotz der Blitzanlage für Lkw-Fahrer auf der Leverkusener A1-Rheinbrücke noch kein einziges Bußgeld verhängt. Die Blitzanlage und auch die Sperre für Lkws sollten laut Verkehrsminister Groschek Fahrer

abschrecken, über die Brücke zu brettern. Die Blitzanlage hat ihr Ziel verfehlt, die Sperre erzeugt nur Staus und kann von Lkw-Fahrern locker ausgetrickst werden. Das Prestigeobjekt „Checkpoint Mike“ droht zum Flopp zu werden.

460 Beweisfotos der Blitzanlage liegen dem Kölner Ordnungsamt vor. Die schlechte Bildqualität der Anlage und lange Bürokratiewege haben bis jetzt verhindert, dass die Verstöße geahndet werden. Wieder einmal erweist sich die rot-grüne Landesregierung als völlig handlungsunfähig.

Nach den neuerlichen Erkenntnissen über die Ineffektivität der Blitzer, ist das Fazit: Minister Groschek hat den Menschen einen riesengroßen Bären aufgebunden. Wäre Märchenerzähler ein Beruf, sollte Herr Groschek in diese Branche wechseln. Dort wäre er sicher erfolgreicher als in seinem Verkehrsministerium.

Seit 2014 ist die Leverkusener Brücke für Lkw über 3,5 Tonnen Gewicht wegen schwerer Schäden gesperrt, aber trotzdem fahren zwei Jahre lang täglich über 150 schwere Lkw darüber. Wirksamen Kontrollen hat es in zwei Jahren nicht gegeben. Dadurch sind zusätzliche Schäden entstanden, die möglicherweise zu einer Komplettsperre noch vor dem Neubau führen werden.

U3-Betreuungsquoten: Landesregierung muss Politik für Familien machen

Das landesweite Versagen der Landesregierung beim Ausbau von U3-Betreuungsplätzen ist ein Skandal. Zum wiederholten Mal ist Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich Schlusslicht bei der U3-Betreuungsquote. Überall im Land fehlen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen deutlich: die überwiegende Zahl der Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen haben eine U3-Betreuungsquote von unter 30 Prozent. Damit liegen sie unter dem Bundesdurchschnitt rund 33 Prozent.

Eine gute, flächendeckende Betreuungsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass es Eltern möglich ist, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, die Kinderarmut wirksam zu bekämpfen und die Frauenerwerbsquote zu steigern. Anstatt sich auf Modellprojekte zu konzentrieren, muss die Landesregierung endlich anfangen, eine Politik für alle Familien in Nordrhein-Westfalen zu machen.

Kraftlose ÖPNV-Politik von Rot-Grün

Veraltete Straßenbahnen, Benachteiligung von Schnellbusregionen und Vernachlässigung von Bürgerbusvereinen: das ist die Bilanz einer kraftlosen ÖPNV-Politik von Rot-Grün. Die in dieser Woche von den regierungstragenden Fraktionen verabschiedete Novelle des ÖPNV-Gesetzes für Nordrhein-Westfalen bleibt in wichtigen Bereichen Antworten schuldig:

So beispielsweise beim Stadtverkehr: Viele Straßen- und U-Bahn-Anlagen in den Großstädten in NRW sind stark sanierungsbedürftig. Die letzte technische Neuerung im Stellwerk der Duisburger Verkehrsbetriebe war die Einführung von 3,5-Zoll-Diskettenlaufwerken. Den Sanierungsbedarf von Stadtbahnanlagen in ganz Nordrhein-Westfalen berechnet der VDV auf rund 3 Milliarden Euro. Die rot-grünen Kürzungen der ÖPNV-Infrastrukturmittel seit 2013 haben die schwierige Lage der Stadtbahnen noch verschärft. Die CDU-Landtagsfraktion hat seit 2013 mehrere Anträge gegen diese Kürzungen gestellt und Rot-Grün dazu gedrängt, die Blockade gegen die Rücknahme der Kürzungen aufzugeben. Das Ergebnis dieser Stillstandspolitik der Landesregierung bekommen Millionen von Fahrgästen täglich in den veralteten Straßen- und U-Bahnen zu spüren.

Auch beim Thema Schnellbus bringt das Gesetz Ungerechtigkeiten: Schienenverkehre werden heute komplett vom Land finanziert. Den Schnellbus jedoch, der dort fährt, wo es keine Schienenstrecke gibt, müssen die Kreise und damit die Kommunen selbst bezahlen. Der Schnellbus ist die Regionalbahn auf Gummirädern. Deswegen muss er auch aus Schienenmitteln finanziert werden. Dadurch kann ein Grundgerüst an Nahverkehr in allen Regionen sichergestellt werden – mit Regionalbahn und Schnellbus.

Ob die Frage einer größeren Unterstützung von Bürgerbusvereinen oder die Einführung eines fairen Wettbewerbs bei Nahverkehrsunternehmen – dieses Gesetz hat zu viele Schwachstellen und die dringend benötigte Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs kommt damit nicht voran.

Gesetz zur Stärkung des Kreistags: Höhere Kosten für Kommunen und Schwächung der Landräte

Das Gesetz der rot-grünen Landesregierung ist ein Eingriff in die Aufgaben und Zuständigkeiten der Landräte und Kreistage. Völlig ohne Not gefährdet die Landesregierung so die Funktion und Arbeit der Kreise. Statt von einem ‚Gesetz zur Stärkung des Kreistags‘ zu sprechen, müsste man es in ‚Gesetz zur Schwächung der Landräte und des bürgerschaftlichen Engagements‘ umbenennen.

Es gibt weder sachliche Gründe noch Erforderlichkeiten für die geplante Änderung der Kreisordnung. Die Kreise nehmen die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, effizient und wirtschaftlich wahr. Voraussetzung für diese Arbeit ist nicht zuletzt das

gute Zusammenwirken von Landräten auf der einen und Kreistagen auf der anderen Seite. Das Gesetz sorgt hingegen vor allem für eins: wesentlich höhere Kosten, die sich letztlich in der Umlage der regionsangehörigen Kommunen niederschlagen.

Die Abschaffung des Kreisausschusses und die optionale Einführung der Beigeordnetenverfassung ist eine unsinnige Beschneidung des bürgerschaftlichen Engagements. Ein jahrzehntelang bewährtes Modell auf Kreisebene wird so grundlegend verändert – ohne überzeugende Argumente, ohne Bedarf und ohne Mehrwert - dafür mit erheblichen Mehrkosten für die Kommunen. Das ist rot-grüner Irrsinn in Reinform.

Hape Kerkeling, Günther Uecker und Veronica Ferres werden CDU in der Bundesversammlung vertreten

Am 14. Dezember hat der Landtag die nordrhein-westfälischen Mitglieder der Bundesversammlung gewählt. Zu den bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion an der Wahl des Bundespräsidenten teilnehmen werden, gehören die Schauspielerin Veronika Ferres, der Autor Hape Kerkeling und der Künstler Günther Uecker.

Die Schauspielerin und Produzentin Veronica Ferres wurde in Solingen geboren und ist eine der prägenden Persönlichkeiten des deutschen Films. Für ihre Arbeiten wurde sie unter anderem mit dem Adolf Grimme Preis, dem Deutschen Fernsehpreis, dem Bayerischen Fernsehpreis, der Goldenen Kamera und dem „Bambi“ ausgezeichnet sowie international mit einem „Emmy“ für „Die Manns – Ein Jahrhundertroman“. Veronica Ferres ist gesellschaftlich und sozial engagiert und unterstützt u.a. Projekte in Südafrika und Israel sowie das Hilfswerk Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk Deutschland und ist Schirmherrin des Kinderhospizes Burgholz im bergischen Städtedreieck.

Der in Recklinghausen geborene und aufgewachsene und heute in Bonn lebende Hape Kerkeling gehört zu den vielfältigsten und geistreichsten deutschen Künstlern und Autoren, der mit seinem beeindruckenden Bericht über seine Pilgerreise auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela eines der mit über drei Millionen auflagenstärksten Bücher verfasste. Hape Kerkeling beendete seine Karriere im großen Showgeschäft 2014. Mit seinem Humor hat er Millionen Menschen begeistert. Heute engagiert er sich vielfach ehrenamtlich für das Gemeinwesen und den Zusammenhalt der Gesellschaft, u.a. als Pate der Aktion Courage - Schule ohne Rassismus an der Droste-Hülshoff-Realschule im Dortmunder Stadtteil Kirchlinde. Er wurde mit allen großen Fernsehpreisen und mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.

Der 1930 in Wendorf/Mecklenburg geborene Maler und Objektkünstler Günther Uecker zählt zu den bedeutendsten Künstlern Deutschlands. Aufgewachsen in der DDR zog er nach der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 nach Westdeutschland und studierte an den Kunstakademien in Berlin und Düsseldorf, bevor er sich Anfang der 1960er-Jahre der Gruppe "Zero" anschloss. Der seit 60 Jahren in Nordrhein-Westfalen lebende Künstler ist insbesondere für seine „Nagelbilder“ berühmt – eines davon ist vor dem Eingang des Plenarsaals des Landtags von Nordrhein-Westfalen präsentiert. Auch den Andachtsraum im Deutschen Bundestag hat Uecker gestaltet. 2015 erhielt er mit dem Staatspreis die höchste Auszeichnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ebenfalls auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion werden der Präsident der Atlantik-Brücke, Friedrich Merz, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Thyssen-Krupp Steel Europe, Günter Back, an der Bundesversammlung teilnehmen.

Aus dem Europäischen Parlament hat die CDU-Landtagsfraktion den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Elmar Brok, vor und den Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Herbert Reul vorgeschlagen. Ebenfalls in die Bundesversammlung entsandt werden der frühere Ministerpräsident Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, Staatssekretär Karl-Josef Laumann und der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Paul Ziemiak, der Vorsitzende des Verbandes der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen e.V. und Bürgermeister der Stadt Heiligenhaus, Dr. Jan Heinisch, sowie der Präsident des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner.

Als Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen werden die Landrätin des Kreises Soest, Eva Irrgang, sowie die Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (Hamm), Thomas Kufen (Essen) und Hans Wilhelm Reiners (Mönchengladbach) an der Bundespräsidentenwahl teilnehmen.

NRW-Umweltbericht: Rimmels Politik der Alleingänge zeigt keine Erfolge

Der diesjährige Umweltbericht zeigt wieder einmal deutlich, dass Rimmels Politik der landesspezifischen Alleingänge keine Erfolge zeigt. Zwar lobt sich der Minister selbst, beispielsweise für den Rückgang von problematischen Umwelteinträgen wie dem Feinstaub, vergisst aber den Hinweis darauf, dass es sich hier um bundesgesetzliche beziehungsweise europäische Regelungen handelt. Nicht das Landesnaturschutzgesetz oder der Landesklimaplan bringen Nordrhein-Westfalen voran, sondern nationale Absprachen und EU-Vorgaben.

Der Umweltbericht dokumentiert die Veränderungen in unserem Bundesland und zeigt auf, wo Handlungsbedarf besteht. Doch auch ein Umweltminister der Grünen darf nicht die Augen davor verschließen, dass Nordrhein-Westfalen als größter Industriestandort mit der höchsten Bevölkerungsdichte andere Bedürfnisse hat. Wir brauchen keine wirtschaftlichen Repressalien, wir brauchen positive Anreize um unsere innovativen Industrien weiter zu entwickeln. Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum dürfen nicht immer weiter gegeneinander ausgespielt werden, wenn wir Industriearbeitsplätze mit Zukunft erhalten wollen.